Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 17. Juni 1930
Dienstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentl. zwölfmal. Bezugspreis monatl. 4.35 RM d. eig. Boten. Durch d. Post 4.35 RM monatl. einschl. 0.60 RM Postzeitungsgeb. Hierzu Bestellgeld. Anzeigenpreis 0.40 RM. Fam.-Anz. u. Stelleng. 0.25 RM die 27 mm br. Millim.-Zeile. Bei unverschuld. Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 275
17. 6. 10 Pfennig

Unsere Meinung

Schon der erste Tag der parlamentarischen Verhandlungen nach Pfingsten hat eine große Ueberraschung gebracht: Nach dem Ergebnis der Beratungen der Fraktionen dürfte bereits feststehen, daß das sogenannte „Notopfer" mindestens in der von der Regierung beabsichtigten Form erledigt ist. Am Nachmittag schon hatte die Demokratische Partei die **Reichshilfe abgelehnt**, am späten Abend hat die Fraktion des Finanzministers, die Deutsche Volkspartei, den gleichen Beschluß gefaßt, und darüber hinaus in einer unangreifbar logischen Entschließung die Notwendigkeiten der Stunde ins Licht gestellt. Die Deutsche Volkspartei hat damit Herrn Moldenhauer und der Regierung den Weg zur Umkehr von einem falschen Wege gewiesen, und es ist erfreulich, daß Herr Dr. Moldenhauer und die Reichsregierung bereits ihre Neigung kundgegeben haben, den neuen Weg zu beschreiten. Weniger erfreulich, sondern einigermaßen bedenklich ist allerdings die Einschaltung der preußischen Regierung in die Verhandlungen zur Abänderung des Deckungsprogramms. Kann man so in sachlicher Hinsicht heute vielleicht wieder etwas eher zum Optimismus neigen, so muß doch ausgesprochen werden, daß in politischer und taktischer Hinsicht die Regierung ungeschickt operiert hat. Wenn sie so rasch zu einer Aenderung bereit sein zu können glaubte, durfte sie unmöglich noch am Freitag sich mit so starken Worten öffentlich zu der unglücklichen Idee der Reichshilfe bekennen! Oder hat die Regierung — bei uns ist vieles möglich — vielleicht umgekehrt gerade ihre Taktik sogar für besonders raffiniert gehalten? Wir wollen uns gerne belehren lassen, wenn der Erfolg ihr recht gibt.

*

Der **Eisenpreisermäßigung** ist es in einem gewissen Teil der Presse so gegangen, wie wir es in der „Deutschen Allg. Zeitung" vorausgesagt hatten. Ueber das Ausmaß der Ermäßigung wird ebensoviel spektakelt, wie vorher orakelt wurde. Natürlich läßt es sich die Gewerkschaftstaktik nicht nehmen, ein zweifaches Agitationsargument gegen die Eisenindustrie zu verbreiten. Erstens sei die Preisermäßigung im Verhältnis zu der Lohnermäßigung zu gering, und zweitens habe die ganze Aktion einschließlich der Verbindlichkeitserklärung durch den Arbeitsminister keinen Zweck gehabt, da angesichts der Konjunkturlage die Eisenpreise sowieso hätten ermäßigt werden müssen. Beides ist natürlich falsch. Selbst eine zehnprozentige Ermäßigung des Lohnkontos hätte, grob gerechnet, höchstens eine Preisermäßigung von 3 Mark auf die Tonne Walzwerkprodukt ergeben können. Die Eisenindustrie hat aber ihre Preise wesentlich darüber hinaus ermäßigt, beispielsweise bei dem typischen Produkt Stabeisen von 141 auf 137 Mark die Tonne, also um 4 Mark. Das ist genau ein Drittel mehr, als die obige grobe Rechnung für eine 10prozentige Lohnermäßigung ergab; und erst recht viel mehr, als einer 7½prozentigen Lohnermäßigung, wie sie wirklich eintritt, entsprochen hätte. Aber auch das zweite Argument geht irre. Für den, der die Verhältnisse kennt, ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß ohne die Lohnsenkung die Preisermäßigung der Eisenindustrie überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Dazu sind die Selbstkosten viel zu hoch und viel zu hart an den Inlandsverkaufspreisen, ganz zu schweigen von den schlechten Exportpreisen, von denen aber die Industrie nicht lossann, weil es für sie lebenswichtig ist, im Auslande auf dem Markt zu bleiben. Die materiellen Wirkungen und die psychologischen Ausstrahlungen des vorbildlichen Vorgehens der Eisenindustrie werden nicht ausbleiben können. Teilweise sind sie zwangsläufiger Natur. Da die Eisenpreisermäßigungen beispielsweise, wie sie die Eisenverbände vorgenommen haben, für das ganze Reich gelten, während die Lohnsenkung nur für den Nordwesten gilt, müssen automatisch die Selbstkostenbedingungen in Mitteldeutschland und im Osten in Bewegung kommen, damit die Preisermäßigung getragen werden kann.

„Kraft und Stoff" zur Weltkraftkonferenz 1930

Die erweiterte Technische Beilage der „DAZ" „Kraft und Stoff", die unserer heutigen Nummer beiliegt, ist der eben in Berlin zusammengetretenen Weltkraftkonferenz 1930 gewidmet.

Sie wird eingeleitet durch einen Aufsatz des Ehrenpräsidenten der Weltkraftkonferenz, Exzellenz Dr. Oskar v. Miller. Der Vorsitzende des Vereins für die Bergbaulichen Interessen, Dr.-Ing. e. h. Ernst Brandi, behandelt den deutschen Steinkohlenbergbau, der Direktor der Siemens-Schuckert-Werke A.-G., Dr. Werner, „Das moderne deutsche Kraftwerk", das Mitglied des Generaldirektoriums der AEG., Professor Dr.-Ing. e. h. Petersen, die „Kraftleitung Alpen—Ruhr", Ministerialrat Wilhelm van Heys die deutschen Kraftspeicherwerke, Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. Piatscheck die Braunkohle als Brennstoff und chemischen Rohstoff. Ueber die neuzeitliche Technik im deutschen Steinkohlenbergbau schreibt das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bergbau-Vereins, Dr.-Ing. e. h. von und zu Loewenstein.

Weitere Beiträge würdigen die Vulkane als Kraftquellen, das Gas als Wärmespender, den Wind als Kraft, die Wasserkraftwirtschaft Deutschlands, Erdölfunde in deutschen Landen sowie technische Gedenkstätten Berlins.

Des Reichskanzlers Wunsch für die Weltkraftkonferenz

Auf unsere Bitte hat Herr Reichskanzler Dr. Brüning der „DAZ" anläßlich der der Weltkraftkonferenz gewidmeten erweiterten Ausgabe unserer Beilage „Kraft und Stoff" den folgenden Vorspruch zur Verfügung gestellt:

In welchem Maße der Fortschritt der Technik die Völker der Erde verbindet, das wird an der Entwicklung der Energiewirtschaft besonders deutlich. Der Austausch der Erfahrungen über die Grenzen der Länder hinweg ist hier zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Aufschließung abgelegener Gebiete erfolgt in raschem Tempo und in einem Wetteifer, welcher der Verständigung unter den Nationen zugute kommt. Die Ausnutzung immer neuer brachliegender Kräfte ist zur internationalen Aufgabe geworden. Der Austausch der Energievorräte über Landes- und Staatsgrenzen hinweg fördert die überstaatliche Verbundenheit.

Diesen großen Zielen dient auch die Weltkraftkonferenz, zu der in diesen Tagen sich Tausende ausländischer Besucher in Berlin zusammenfinden. Daß die Anregungen, die dort für den weiteren technischen Fortschritt in reichem Maße gegeben und empfangen werden, allen Völkern zum Segen gereichen möchten, ist mein aufrichtiger Wunsch.

Dr. Brüning

Volkspartei gegen Notopfer

Moldenhauer zu Abänderungsverhandlungen bereit

Die Fraktionsberatungen im Reichstag haben Montag abend die Absage der Deutschen Volkspartei auf die Notopferpläne des Reichskabinetts gebracht. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, hatte am Nachmittag eine Besprechung mit Reichskanzler Dr. Brüning, dem er die sachliche Stellungnahme seiner Fraktion bereits bekanntgab.

Das Zentrum will erst am Donnerstag zu den gesamten gegenwärtig akuten politischen Fragen Stellung nehmen. Die Sozialdemokratische Fraktion will heute ihre am Montag begonnene Aussprache fortsetzen.

Die Reichsregierung wird voraussichtlich Dienstag oder Mittwoch die Führer der hinter der Regierung stehenden Parteien zu einer gemeinsamen Besprechung über das Deckungsprogramm einladen. Sie ist anscheinend bereit, über eine Abänderung des bisherigen Deckungsprogramms zu verhandeln.

Der Beschluß der Volksparteilichen Reichstagsfraktion, der Montag nacht nach mehrstündiger Sitzung gefaßt wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die soziale und wirtschaftliche Not des deutschen Volkes zwingt zu entscheidenden Entschlüssen. Sie kann durch neue steuerliche Belastungen nicht behoben werden. Das Problem der deutschen Wirtschaft und der Finanzen des Reiches kann nicht von der Steuerseite, sondern nur von der Seite der Belebung der Wirtschaft und der rücksichtslosen Senkung der Ausgaben angefaßt werden. Die Gesamtwirtschaft befindet sich in einem Zustand fortschreitender Einschrumpfung. Arbeitslosenheere und Leere der öffentlichen Kassen sind nur Ausdruck dieses Zustandes. Deshalb muß die Senkung der Produktionskosten durch Herabsetzung der Personalausgaben in der privaten Wirtschaft von oben bis unten, durch gleichzeitige Herabsetzung der Preise und durch eine starke Minderung der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden durchgeführt werden.

Solange die Voraussetzungen für eine solche gemeinschaftliche Kraftanstrengung des ganzen Volkes, sei es durch freie Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sei es im Wege der Gesetzgebung, nicht gegeben sind, bleibt eine einseitige Sonderbelastung wie „Notopfer" oder „Reichshilfe der Festbesoldeten" ungerecht und wirkungslos und muß daher von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei abgelehnt werden.

Wir sind überzeugt, daß bei Sicherstellung der genannten Voraussetzungen auch die deutsche Beamtenschaft nach den Erklärungen ihrer Spitzenorganisationen bereit ist, sich einer solchen gemeinschaftlichen Kraftanstrengung zur Rettung von Staat und Volk durch entsprechende Herabsetzung der Personalausgaben in der gesamten öffentlichen Verwaltung nicht zu versagen.

Die gegenwärtige Gestaltung der Arbeitslosenversicherung untergräbt nicht nur die Finanzen des Reiches, sondern auch die Arbeitsmoral des deutschen Volkes und begünstigt die Landsucht, indem sie der Landwirtschaft notwendige Arbeitskräfte entzieht und sie in den Städten anhäuft, wo kein Bedarf für sie ist. Hier kann nur eine grundsätzliche Umgestaltung helfen. Ohne Verzug sind zunächst die Vorschläge des Vorstandes der Reichsanstalt zu verwirklichen. Zu gleicher Zeit ist die Reform der Krankenversicherung durchzuführen.

Die Ueberweisungen des Reiches an die Länder und Gemeinden sind alsbald wirksam herabzusetzen. Als Ersatz dafür und zur Steigerung der Verantwortung der Länder und Gemeinden für ihre Ausgaben ist eine Bürgerabgabe für jeden wahlberechtigten Gemeindebürger reichsgesetzlich durchzuführen.

Die Haushaltspläne für 1930 im Reich, Ländern und Gemeinden sind einer nochmaligen verschärften Nachprüfung mit dem Ziele einer erheblichen weiteren Herabminderung der öffentlichen Ausgaben zu unterziehen.

Die deutsche Wirtschaft im weitesten Sinne, die in sich scharf rationalisiert hat, und der deutsche Steuerzahler haben das Recht zu verlangen, daß auch die Verwaltung so rationell und sparsam wie irgend möglich geführt wird.

Es ist die Stunde gekommen, in der Frage der Reichsreform von Erwägungen und Verhandlungen zur Tat zu schreiten."

Wie wir erfahren, ist in den Verhandlungen der Volksparteilichen Fraktion zum Ausdruck gekommen, daß es unzweckmäßig ist, schon jetzt bestimmte Steuererhöhungen zur Deckung eines zwar gegenwärtig errechneten, im Endeffekt aber nicht genau zu übersehenden Defizits zu beschließen. Es ist als unzweckmäßig bezeichnet worden, schon jetzt das Defizit auf Heller und Pfennig festlegen zu wollen. Empfohlen wurde besonders eine Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand.

Die in der Entschließung angeregte gesetzliche Regelung für eine Herabsetzung der gesamten Produktionskosten geht von der Befürchtung aus, daß die jetzigen Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern über die Lohnsenkung scheitern könnten. Es soll dann auf gesetzlichem Wege eine vorzeitige Kündigung der geltenden Tarifverträge angestrebt werden.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer, der den Verhandlungen beiwohnte, hat der Entschließung selbstverständlich nicht zugestimmt, er hat sich aber mit ihren Gedankengängen grundsätzlich einverstanden erklärt. Im Reichstag waren am Nachmittag, was angesichts der ablehnenden Haltung der Volksparteilichen Fraktion bezeichnend war, lebhafte Gerüchte verbreitet, die von einem unmittelbar bevorstehenden Rücktritt des Reichsfinanzministers, Dr. Moldenhauer sprachen. Diese Gerüchte sind unrichtig. Dr. Moldenhauer hat nicht die Absicht, zu demissionieren.

Gewisse Verhandlungen über eine Abänderung der Regierungspläne für die Deckung des Defizits sind bereits eingeleitet worden, und zwar mit der preußischen Regierung, die sich Montag nachmittag in einer Sitzung mit den Finanzfragen beschäftigte.

Bei den bisherigen Besprechungen ist erwogen worden, das Notopfer auf 2 Prozent zu begrenzen und den Ausgleich bei den Verbrauchssteuern (Bier und Tabak) zu suchen. Die Zustimmung Preußens soll aber davon abhängig gemacht werden, daß die Mehrerträge aus dem verringerten Notopfer ab 1. April 1931 den Ländern, nicht mehr dem Reiche, zufließen sollen.

Das Notopfer würde dann also zur Dauereinrichtung werden, um den Ländern vermehrte Ueberweisungen zu sichern (!!).

*

Der demokratische Ablehnungsbeschluß, über den wir bereits im Abendblatt berichteten, hat folgenden Wortlaut:

„Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion erblickt in der vom Reichsfinanzminister wenige Wochen nach der von ihm damals als ausreichend erklärten Steuererhöhung getroffenen Feststellung eines abermaligen Fehlbetrages von etwa ¾ Milliarden Mark einen schweren Mißerfolg der bisherigen Finanzpolitik. Sie leitet hieraus die Forderung her, daß nicht wieder, wie im April, unter dem Druck der Ankündigung von Reichstagsauflösung und Anwendung des Art. 48 überstürzt ein höchstens die Not des Tages überwindendes Stückwerk geleistet, sondern eine die Reichsfinanzen für die Dauer ordnende Finanzreform auf den Weg gebracht wird, ohne daß auf die üblichen Parlamentsferien Rücksicht genommen werden kann. Um das Grundübel der Arbeitslosigkeit nicht weiter zu verschlimmern und die Bemühungen zur Senkung des Preisniveaus nicht zu vernichten, sind neue Steuern überhaupt von der Hand zu weisen, solange nicht alle Möglichkeiten der Ausgabesenkung erschöpft sind; dabei darf mit der Durchführung der von der Fraktion seit Jahren vergeblich geforderten Reichs- und Verwaltungsreform, welche die Grundlage jeder systematischen Ersparnispolitik ist, nicht länger gezögert werden.

Sollte sich der Haushalt hierdurch allein nicht ordnen lassen, so sind im Rahmen der Finanzreform die Steuern auf entbehrliche Genußmittel soweit wie möglich auszunützen. Der willkürlichen Auferlegung von Sonderlasten zur Deckung des Fehlbetrages auf einzelne Schichten des Volkes, wie sie durch die sogenannte Reichshilfe der Festbesoldeten und die Ledigensteuer beabsichtigt ist, wird die Fraktion nicht zustimmen."

Die Weltkraftkonferenz als Gast der Reichsregierung

Aus Anlaß der zweiten Weltkraftkonferenz veranstaltete die Reichsregierung am Montagabend in den Festräumen des Zoologischen Gartens einen Empfang, zu dem neben dem Diplomatischen Corps die Reichsminister Dr. Curtius, Dr. Wirth, v. Guérard, Dr. Brecht und Treviranus, ferner Staatssekretär Dr. Meißner, Reichstagspräsident v. Kardorff, die Ministerialdirektoren Dr. Köpke und Dr. Zechlin sowie zahlreiche Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, von Wirtschaft, Wissenschaft und der Presse erschienen waren. Nach einem musikalischen Vorspiel ergriff

Reichsaußenminister Dr. Curtius

das Wort zu einer Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Aehnlich wie bei politischen Verhandlungen bedarf auch das technisch-wirtschaftliche Gemeinschaftswerk zum Gelingen der persönlichen Fühlungnahme, der gegenseitigen Verständigung, der Atmosphäre. Solche Atmosphäre, die rechte Stimmung zu schaffen, haben wir zum heutigen Abend geladen. Für mich ist es eine besondere Freude, Sie begrüßen zu dürfen. Im Reichswirtschaftsministerium hat mir die Forderung der Energiewirtschaft besonders am Herzen gelegen. Ihre Teilkonferenzen von Basel, London, Barcelona und Tokio in den Jahren von 1926 bis 1929 habe ich mit größtem Interesse verfolgt. Es war mir eine Genugtuung, im Jahre 1928 die Entscheidung der Reichsregierung über die Anregung Ihres Hauptausschusses herbeizuführen, die zweite Weltkonferenz in Deutschland stattfinden zu lassen. Die Reichsregierung hat diese Anregung lebhaft begrüßt und auf meinen Vorschlag nicht gezögert, die zweite Weltkraftkonferenz nach Berlin einzuladen.

Gewaltig sind die Kräfte, deren Erzeugung und Verteilung, insbesondere deren zweckmäßigste Verwendung Gegenstände dieser Konferenz sind, groß aber auch die Gefahren, die Geister, die man gerufen, nicht wieder los zu werden, durch objektive Gewalten und selbstgeschaffene Organisationen in Fesseln geschlagen zu werden. Wir überwinden die Gefahr nur, wenn wir uns nicht an die Materie und ihre Kräfte verlieren, wenn wir uns mit geistig-sittlichen Kräften darüber erheben. Vergessen wir nicht, daß das technisch-wirtschaftliche Werk nicht Selbstzweck ist, das letzte Ziel der Mensch selbst und die Höherentwicklung seiner Kultur sein soll. Wir können auch die materiellen Massen, die wir in Bewegung setzen, beherrschen, wenn wir die höchsten ethischen Kräfte einsetzen.

Hierauf sprach Professor Giancarlo Vollauri, der im Namen der italienischen Delegation für die Gastfreundschaft dankte, die man in Deutschland gefunden habe, und für die vorzügliche Organisation dieser Konferenz, deren Arbeiten auch Italien mit großem Interesse verfolge.

Ihm folgte der österreichische Sektionschef, Rudolf Reich, und der Schweizer Prof. Dr.-Ing. Bruno Bauer. Für Spanien ergriff D. Pedro M. Gonzalez Quijano das Wort, und schließlich brachte nach einigen Worten der Begrüßung durch die argentinischen Vertreter der Amerikaner O. C. Merrill ein Hoch auf Deutschland aus, dem das Absingen des Deutschlandliedes folgte.

Schweres Autounglück auf der Avus

Ein Toter, drei Schwerverletzte.

In der Nacht zum Dienstag ereignete sich auf der Avus in der Nähe der Südschleife ein schweres Autounglück. Eine Person wurde getötet und drei schwer verletzt. Die Schwerverletzten wurden durch Privatwagen nach einem Krankenhaus gebracht. Die freiwillige Feuerwehr Nikolassee und der Rettungswagen der Rankestwache rückten sofort zur Unfallstelle aus. Die Personalien der Verunglückten und die näheren Umstände des Unglücks konnten noch nicht festgestellt werden.